



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Energiewende jetzt! Windkraft für Bayern I

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene gegen das geplante Ausschreibungsmodell für Windenergieanlagen bei der kommenden EEG-Novelle einzusetzen.

Im Falle einer Einführung von Ausschreibungen soll sich die Staatsregierung für folgende Gestaltungsaspekte einsetzen:

- Gemäß den Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien der Europäischen Kommission fallen alle Projekte bis zu sechs Windkraftanlagen weiterhin unter das bewährte EEG-Vergütungssystem. Der atmende Deckel wird auf 3.000 MW heraufgesetzt und der Degressionsmechanismus im Sinne des atmenden Deckels so gewählt, dass schneller auf die Entwicklung des Ausbaus reagiert werden kann. Ziel ist die sichere Erreichung des Ausbaurückgrats.
- Das jährliche Ausschreibungsvolumen für alle Projekte mit mehr als sechs Windkraftanlagen liegt bei 2.000 MW und wird dem atmenden Deckel nicht angerechnet.
- Die erfolgreichen Gebote erhalten den Zuschlag zu dem im jeweiligen Gebot angegebenen Gebotswert (Pay-as-bid-Preisregel).
- Für die unterschiedlichen Regionen Deutschlands werden kontingentierte Ausschreibungen eingeführt, um den weiteren Ausbau in allen Landesteilen zu gewährleisten.
- Das Referenzertragsmodell wird so weiterentwickelt, dass auch Anlagen in Leichtwindgebieten ab einer 60 Prozent-Standortqualität realisiert werden können.
- Für Windparks mit mehr als sechs Anlagen in Bürgerhand wird ein Bonus eingeführt.

Begründung:

Sonne und Wind sind das Rückgrat einer sauberen und sicheren Energiewelt. Außerhalb Bayerns sind die Ausbauzahlen bisher sehr zufriedenstellend. Damit Bayern auch wieder von den Vorteilen der Energiewende profitieren kann, muss die 10H-Regelung zurückgenommen werden. Die aktuellen Genehmigungszahlen belegen den durch sie verursachten Einbruch. Gleichsam müssen in Berlin die oben genannten Maßnahmen implementiert werden, damit Süddeutschland bei der Windkraft nicht abgehängt wird. Weil die Energiewende nur als Bürgerprojekt gelingen kann, müssen die Teilnahme- und Erfolgchancen bürgerschaftlicher Akteure besonders gefördert werden.